

Gehafft neues Wegebaurecht!

Von H. Schreiber, W. d. P.

Die fortschreitende Technik revolutioniert fortgesetzt die Verhältnisse. Im Verkehr wurde die Bedeutung der Straßen durch die Einführung der Eisenbahnen auf ein geringes Maß herabgesetzt. Die Technik ist nicht beim Dampf stehen geblieben, sondern hat den Verbrennungsmotor als einen Kinasen neben die Dampfmaschine gestellt. Durch die Entwicklung im Automobilwesen wird der Verkehr von den Schienensträngen der Eisenbahn übergeleitet auf die Straßen. Dieselben bekommen damit wiederum eine hohe Rangstufe in den Verkehrsmitteln. Ein Verkehrsmittel entspricht aber nur dann den Anforderungen, wenn es auch in seiner Gestaltung den Bedürfnissen gerecht wird. Vom heutigen Weges kann man das nur bedingt behaupten. Zwar hat mit der Entwicklung der Automobilindustrie die Erkenntnis von der Notwendigkeit moderner Straßenbaues zugenommen. Wir befinden uns aber noch in einem Anfangsstadium. Es ist selbstverständlich, daß der kapitalistische Staat und die kapitalistische Gesellschaft um ihre eigenen Klassenbedürfnisse befreit. In der Behandlung des Problems; Anpassung des Straßenbaues an die veränderten Verhältnisse kommt die deutsche zum Ausdruck. In erster Linie sind in den letzten Jahren diejenigen Straßen den neuen Verhältnissen angepaßt worden, an denen der kapitalistische Staat und seine Gesellschaft ein besonderes Interesse besitzt. Millionen sind ausgegeben worden für die Schaffung und den Ausbau neuer moderner Straßen, die den Handels- und Industrieinteressen dienen.

Es liegt dabei in der Linie der Politik der herrschenden Klasse in Deutschland, alle Lasten dem Proletariat aufzubürden. Dies kommt besonders zum Ausdruck darin, daß die Finanzierung des Wegebaues, der im Interesse der herrschenden Klasse geschieht, aus den allgemeinen Steuermitteln, die die ausbeutenden Schichten aufzubringen haben, finanziert wird. Die Finanzpolitik des Staates braucht hier nicht besonders beleuchtet zu werden. Sie führt aber dazu, daß insbesondere die Arbeiterwohngebiete unentgeltlich belastet werden und dadurch nicht in der Lage sind, auch ihrerseits diesem Problem im Interesse der dort wohnenden Arbeiterschichten, alle Aufmerksamkeit mit Erfolg zu widmen.

Es liegt aber im Interesse der Arbeiterklasse, gerade von dieser Seite an das Problem: Anpassung des Straßenbaues an die veränderten Verkehrsverhältnisse, heranzutreten. Dabei erhält die Arbeiterklasse Bundesgenossen aus den Schichten des Kleinbürgertums, das unter denselben Verhältnissen zu leiden hat. Es ist kein Zufall, daß im vergangenen Jahre der Verband der kleineren sächsischen Landgemeinden auf seiner Sommer-tagung diesen Punkt zur Beratung stellte, der nicht wieder von der Tagesordnung verschwinden wird. Nicht nur im Landesmaßstabe, sondern auch im Bezirksmaßstabe wird eine neue Diskussion darüber geführt. Im Bezirk Leipzig befaßten sich die kleineren Landgemeinden erst vor kurzem mit dieser Frage.

Der Lösung dieses Problems stehen aber nicht nur technische, sondern vielmehr finanzielle und rechtliche Schwierigkeiten entgegen.

Drei Hauptmängel müssen beseitigt werden:

1. Die Einteilung der Straße nach ihrem Wert und Zweck,
2. Die Finanzierung,
3. Die Unterhaltspflicht.

Gegenwärtig unterscheidet man Staatsstraßen, Gemeinde- durchgangsstraßen, Ortsstraßen (Wohnstraßen) und Fußwege.

Die Staatsstraßen werden vom Staat unterhalten und gebaut. Für ihre Anlegung sind und waren nicht nur Gesichtspunkte des Verkehrs, sondern auch militärische maßgebend. Sie regelten zum größten Teile den Verkehr auf weite Entfernungen, und können im allgemeinen als Landstraßen angesehen werden.

Die Gemeinde durchgangsstraßen verbinden Ortschaften untereinander und sind als Zugänge zu den Landstraßen anzusehen. Sie müssen teillos von den Gemeinden finanziert werden.

Die Ortsstraßen (Wohnstraßen) dienen der Vermittlung des Verkehrs innerhalb eines Ortes und fallen gleichfalls in der Anlegung und Unterhaltung den Gemeinden zur Last. Das gleiche trifft zu für die Fußwege. Die Beteiligung an der Finanzierung der Gemeinde durchgangsstraßen der Bezirksverbände ist nur eine Fiktion, da die von den Bezirken dafür aufgewendeten Mittel durch Umlageverfahren von den Gemeinden aufgebracht werden müssen. Der geringfügige Ausgleich, der bei der Verteilung dieser Mittel erfolgt, spielt keine wesentliche Rolle. Hier muß der Hebel angelegt werden, wenn die Gemeinden aus den fehlenden unerschwinglichen Zuständen herauskommen wollen. Man kann den Gemeinden nicht mehr zumuten, daß sie für Straßen, die lediglich durch ihre Gemietungen laufen, ohne daß die Einwohner einer solchen Gemeinde wesentlich am Verkehr auf diesen Straßen beteiligt sind, teillos die Mittel aufzubringen haben. Eine Gemeinde ist auch nicht daran schuld, daß der Durchgangsverkehr von anderen Gemeinden teillos auf ihren Straßen verläuft und sie nun die alleinigen Beitragsenden in der Instandhaltung solcher Straßenzüge sind. Auf der anderen Seite ist es ein

großes Unrecht, solchen belasteten Gemeinden gegenüber, daß diese Gemeinden nicht nur als Durchgangs-, sondern auch als Ortsstraßen ausschließlich Staatsstraßen heißen, für deren Unterhaltung und Bau sie nicht die geringsten Mittel aufzubringen brauchen. Eine solche Gemeinde kann auf Kosten anderer Jahntausende von Mark jedes Jahr sparen, die die finanzielle Lage der Gemeinde entscheidend beeinflussen. Hier muß eine Neu-einteilung stattfinden.

Im sächsischen Landtag ist ein Antrag angenommen worden, der von der Regierung die Vorlegung eines Gesetzentwurfes über ein neues Wegerecht verlangt. Die Gemeinden warten darauf. Die Regierung macht es sich aber leicht und erklärt: Solange kein endgültiger Finanzausgleich stattfindet, kann an die Neu-einteilung des Wegerechts nicht gedacht werden. Endgültiger Finanzausgleich kann aber nur vom Reiche kommen. Im Reiche ist die Sozialdemokratie heute die stärkste Regierungspartei. Ein Sozialdemokrat ist Finanzminister. Auf der kommunalpolitischen Tagung dieser Partei wurde auch die Frage des Finanzausgleiches behandelt. Der heutige Finanzausgleich ist den Bedürfnissen der deutschen Bourgeoisie angepaßt. Die Sozialdemokratie ist ein Instrument der deutschen Bourgeoisie und so ist es nicht verwunderlich, daß aus dieser kommunalpolitischen Tagung die Sozialdemokratie erklärt, an einen Finanzausgleich könne nicht gedacht werden, das heißt mit anderen Worten: Es gibt keinen anderen Finanzausgleich, auf Grund dessen die sächsische Regierung in der Lage wäre, ein neues Wegerecht vorzulegen. Der heutige Zustand soll also zu einer Dauereinrichtung werden. Das Lebensinteresse der Arbeiterklasse in den Gemeinden erfordert aber das Gegenteil. Es muß deshalb die Aufgabe der Kommunisten — nicht nur im Landtage, sondern auch in den Gemeindeparlamenten — sein, mit allem Nachdruck eine Veränderung des heutigen Zustandes zu erkämpfen. Die Einteilung der Straßen muß nach folgenden Gesichtspunkten geregelt werden:

1. alle Straßen, die den Fern- und Zugangverkehr vermitteln, sind in Staatsbesitz zu übernehmen;
2. alle Straßen, die den interlokalen Verkehr vermitteln, sind in den Besitz der Gemeinde zu übernehmen.

Die Finanzierung der ersten Gruppe erfolgt ausschließlich vom Staat, die der zweiten Gruppe durch die Gemeinden. Die Aufbringung der Mittel erfolgt durch eine erhöhte Kraftfahrzeugsteuer, die gestaffelt werden muß. Es ist notwendig, daß in dieser Richtung Anträge in den Gemeinden eingebracht und an den Landtag gerichtet werden müssen. Dadurch wird die breite Massenmobilisation erreicht und das Gesicht des kapitalistischen Staates und der Gesellschaft vor aller Augen offenbart. Wir gehen uns nicht der geringsten Täuschung darüber hin, daß von der bürgerlichen Mehrheit und ihrer Regierung alle Anträge abgelehnt werden. Die heutige Verteilung der Kraftfahrzeugsteuer und ihre Verwendung beweist das am deutlichsten. Auch hier kann die kommunistische Partei die Forderungen der kleineren Landgemeinden unterstützen, die verlangen, daß die Verteilung der Kraftfahrzeugsteuer nach einem Schlüssel erfolgt, der gebildet wird aus der Anzahl der Wegekilometer, dem Steueranfall und der Einwohnerzahl einer Gemeinde.

Wildberger Gemeindeparlament

Zu Beginn der Sitzung am 20. 11. wurde anfangs gleich stark Kritik geübt an der Tagesordnung. So hat man unter anderem zu lange gewartet bis zur nächsten Sitzung und dadurch allerdings Punkte zusammenkommen lassen. Dazu hatte man noch zwei wichtige Sachen vergessen, worüber Bürgermeister Müller, SPD, berichten sollte. Es gilt hier Herrn Fischele, Dr., etwas mehr auf die Finger zu legen, als wie es bisher geübt ist. Was die Kritik der SPD anbelangt, möchten wir nur dazu sagen, daß sie es ja gerade gewesen sind, die dem Herrn Fischele erst mit zu diesem Vorhaben helfen wollten. Für die Einwohnerschaft gilt es, hieraus die Lehren zu ziehen. Bisher hatte unser Gen. Edgar Erfurt diesen Posten inne. Zu dem Gehalt des Herrn Fischele betr. Straßenbeleuchtung wurde beschlossen, einen Kostenantrag zu fordern und in nächster Sitzung nochmals darüber zu beraten. Das Gehalt der Frau verm. Fischele über Kosten-erhalt der Verkehrsüberführung wird dem Armenverband Dippoldiswalde überwiesen. Gehalt der Internationalen Arbeiterhilfe. Hierzu gab Gen. Erfurt eine Erklärung ab und zeigte an Beispielen, was die IAH bisher schon alles getan. Gleichzeitig wies er auf den schweren Kampf der Ruhrarbeiter hin, der auch uns die Pflicht auferlegt, einzugreifen und uns mit den Ruhrproleten zu solidarisieren. Genosse Erfurt forderte, 10 Mk. der IAH zu übermitteln. Herr Fischele erklärte hierzu, daß er sich erkundigt habe bei anderen Gemeinden, die eine Beihilfe zur IAH abgelehnt hätten und er deshalb es auch ablehne, etwas zu geben. Aber für „notleidende Gutsbesitzer“ hat man jederzeit in unserer Gemeinde Geld gehabt, ohne sich erst zu erkundigen! Darüber, SPD, stimmte dem Gen. Erfurt in seinen Ausführungen zu. Schließlich wurden einstimmig 10 Mk. der IAH überwiesen. Ein Vertreter zu dem Gemeindevorstand hat sich damit erklart, daß nur ein Vertreter erst in Frage kommt, wo 5000 Einwohner vorhanden sind. Zum Gehalt des Herrn Gastwirts Domaschke, um Erlaß der Wertzuwachssteuer, wird beschlossen, die Besetzung anzufordern, die dann der Finanzausgleich prüfen und darüber in der nächsten Sitzung berichten soll. Als Vertretersmann zur landw. Berufsgenossenschaft wird Herr Fischele und als dessen Vertreter Herr Art. Fischele gewählt. Die Jahresrechnung soll ebenfalls der Finanzausgleich prüfen. Die Beihilfe zur Autobuslinie der StAB wird nochmals einstimmig abgelehnt. Es handelt sich hier um 23 Mk. Nun erklart Bürgermeister Müller Bericht über die Kreditanfrage sächs. Gemeinden, bei dem nichts anderes rauskommt, als wie schon unser Genosse vorher berichtet hatte. Die Mitgliedschaft, wozu 1300 Mk. erforderlich sind, wird somit einstimmig abgelehnt. Des Weiteren wurde über die mangelnden Straßenarbeiten sehr kritisiert. Demen soll abgeholfen werden. Wird das auch unter diesen Umständen möglich sein? Ich glaube, den wahren Grund zu der Straßenmangelhaftigkeit hat uns Herr Bürgermeister verschwiegen. Einwohner Wildbergs! Erscheint noch zahlreicher in den Sitzungen, damit ihr euch überzeugen könnt, von wem eure Interessen vertreten werden.

Anmeldung zur Jugendfeier 1929

Pirna. Die kommende Jugendfeier in Pirna wird wiederum vom Verbands für Freiendertum und Feuerbestattung durchgeführt. Die Anmeldungen hierzu können schon jetzt, schriftlich oder mündlich, an den Vor. der Pionier Ortsgruppe, Gen. Kurt Richter, Pionier-Kaserne 8a, gerichtet werden. Der Beginn der Vorbereitungsstunden, sowie näheres über die Jugendfeier wird an dieser Stelle noch bekanntgegeben.

Gingwitzer Feuerwehrleute verprügeln einen Arbeiter

Am Sonnabend den 24. November veranstaltete die Gingwitzer Feuerwehr einen Wanderaufbruch nach Kleinpostwitz. Als sie nachts nach Hause gingen, schienen selbige sehr raoulig zu sein. Man verlor sich in den Gräben und hinter Sträuchern, um die anderen Feuerwehrleute zu erschrecken. Circa 200 Meter vor Berge lagen zwei Feuerwehrleute im Graben, als der Arbeiter Rütchkin aus Berge dort vorbei nach Hause ging. Die im Graben Sitzenden sagten: „Guten Abend“, worauf R. nicht antwortete, so daß sie ihn einen Lumpen usw. nannten. R. antwortete auf diese Beleidigungen, darauf liefen sie auf R. zu und schlugen ihm ins Gesicht. Weiterer ging sofort nach Berge und weckte einen Einwohner, damit dieser Zeuge der Handlungen sei.

Drei Jahre AGNB!

Drei Jahre Aufklärungsarbeit unter den proletarischen Frauen!
Frauen und Mädchen! Kommt zu unserer Feier des dreijährigen Bestehens in den Annenbälen am Freitag dem 30. November 19,30 Uhr. Darbietungen: Schelmlein, Theater, Rezitationen (Gertrud Strelewich), Konzert. Eintritt 30 Pfennig.

Bürgerblutterror im Neusalzaer Stadtparlament

Prinzip: Jeden linken Antrag niederstimmen

Neusalza-Spremberg. Freitag den 23. 11. fand eine für die Proleten sehr lehrreiche Stadtverordnetenversammlung statt. Die Tagesordnung war sehr reichhaltig. Ein Schreiben der Amtshauptmannschaft wies die Gemeinde darauf hin, bei größeren Bauten (z. B. Wasserleitung, Schulneubau usw.) ein vorläufiges Finanzgehörten an den Tag zu legen, da der Ausgleichsbedarf nicht ausreicht, den Gemeinden Zuschüsse zu gewähren. Treffend schilderte Genosse Wünsche die einschneidenden Maßnahmen der Behörden, indem er bewies: für Kulturwerke ist kein Geld da, aber zum Bau von Panzerkreuzern. Ein von ihm gestellter Antrag, eine diesbezügliche Resolution an die Amtshauptmannschaft zu senden, wurde aber von der rechten Mehrheit abgelehnt, die damit treffen: ihre kriegerischen Gelüste (wenn auch nur durch eine Abstimmung) bewies. Ein

Gesuch des Arbeitervereins um Belassung eines Schulzimmers in der neuen Schule zum Abhalten der Uebungsstunden

brachte die bürgerliche Mehrheit ins Schwanken. Trotz ausgezeichneter Begründung hatten die Bürgerlichen das Gesuch schon im Finanzausgleich abgelehnt. Der bürgerliche Sprecher Herzog sah wohl ein, daß die im Gesuch angeführten Gründe ausreichend waren. Er wünschte dem Gesuch zustimmen (aus Scheinheiligkeit) „alles gute“, aber die Schule bleibt Schule, prinzipiell für die Kinder, sonst kämen andere Vereine auch. Dieser Herr tat so, als ob die Arbeiterfänger linken oder Sozialen an sich hätten. Wer hat denn die Schule gebaut. Nur die Arbeiter. Nicht die, die sich ein fettes Geld machen lassen. Genosse Wünsche erklärte, dieses ganze Manöver sei eine Sabotage gegenüber der Arbeiterklasse. Er forderte die anwesenden Arbeiter (die durch denart faule Ausreden schon unruhig wurden) auf, sie sollten sich die Bürgerlichen ansehen als kleine Gewerbetreibende, die die Not der Arbeiter genau kennen, aus eigenem Erleben sich aber trotzdem zu der Bourgeoisie rechnen. Er beantragte namentliche Abstimmung. Das hatte zur Folge, daß sich aus besonderen Gesichtspunkten 2 Rechte der Stimme entschieden und mit 6 zu 3 Stimmen für die Genehmigung des Gesuchs der Arbeiterfänger gestimmt wurde. Es wurde anschließend von rechts noch von „Konkret“ gefordert. Zum sächsischen Gemeindevorstand wurde von der Rechten als Vertreter der Bürgermeister Richter vorgeschlagen, von der Linken Seite Häbner (SPD). Genosse Wünsche sagte, es müsse ein Vertreter der Linken Seite des Hau-les geben, damit die Stadtverordneten wenigstens einen Bericht

erhalten. So oft Bürgermeister Richter war, ist nichts berichtet worden. Hierzu folgte Dunstschimmer. Arbeiter von Neusalza, kommt in die Stadtverordnetenversammlungen und hört auch an, wie man um eure Interessen „besorgt“ ist.

An die kommunistischen Delegierten des sächsischen Gemeindetages!

Am Sonntag den 2. Dezember, 15 Uhr, findet in Dresden, im Restaurant Kaulbachhof, eine Kommunal-Konferenz

aller kommunistischen Delegierten zum Gemeindetag statt. Das Lokal ist von allen Wohnhöfen mit der Linie 26 zu erreichen. Station: Bismarck-Edel Kaulbachstraße.

Es ist Pflicht aller kommunistischen Delegierten, an dieser Konferenz teilzunehmen und rechtzeitig abzufahren, damit die Konferenz pünktlich eröffnet werden kann.

Delegierte, welche ihre Adressen noch nicht an die Bezirksleitung gemeldet haben, müssen das sofort tun.

„Der kommunistische Gemeindevertreter“

ist als Doppelnummer 22/23 schon erschienen. Er enthält einen Artikel über: Die Beschlüsse des 6. Weltkongresses und unsere Grundlinien in der Gemeindepolitik. Weiter behandelt diese Nummer in einem speziellen Artikel unsere Stellungnahme zum Gemeindetag in Dresden.

Genosse Stoll-Verlin schreibt über: Die Finanznot der Gemeinden und die Aufgaben der Kommunisten.

Genosse Schelle-Leipzig über: Die Verwaltungsreform in Sachsen.

Alle kommunistischen Gemeindevorordneten, Stadtverordneten und Stadträte müssen Leser unserer Kommunalzeitung für Sachsen:

„Der kommunistische Gemeindevertreter“

werden. Neubestellungen, sowie auch Erneuerungen des Postabonnements für das nächste Quartal sind in der 1. Hälfte des Dezembers auf dem Postamt aufzugeben.

Die Feuerwehrleute ihrem Tatendrange folgend, ließen von ihrem Opfer nicht ab, verfolgten ihn und als er dabei flüchtete, schlugen sie auf ihn ein. Besonders hervor tat sich der Feuerwehrmann Dolar Lange und Fischele aus Gingwitz. Bemerkenswert ist das letztere, sie sind in ihrer Gruppe als Jäger bekannt und unter ihren Kameraden auch wenig beliebt. Nach dem Eingreifen ihres Führers ließen sie von dem Arbeiter ab. R. war geküßt und hatte dabei seine Tasche mit Arbeiterstimmen verloren — die Zeitungen lagen draußen. Als Obgenannter dieses sehen — die Zeitungen liegen draußen. Als Obgenannter dieses sehen — die Zeitungen liegen draußen. Als Obgenannter dieses sehen — die Zeitungen liegen draußen.

Die Filmvorführungen in Bautzen und Gunwalde veranfaßte von der IAH, zeigte einen sehr guten Besuch. Ein Zeichen, daß die Arbeiterklasse das Hilfswort der IAH immer mehr schätzen lernen. Mit Spannung haben die Arbeiter den Film: Rutter. Die russische Arbeiterklasse, vom parzialistischen System unterdrückt, bäumte sich 1905 auf. War auch damals der Sieg nicht zu erringen, so hätten sich doch die Revolutionäre, um 1917 die Revolution siegreich durchzuführen. Auf Grund des Filmes hörte man von den Befürwortern die Meinung: auch in Deutschland unterdrückt man die Arbeiter mit Polizei, Justiz und Militär. Wann wird es anders werden? Wenn ihr den Weg geht, den die Russen erfolgreich beschritten: den Weg der proletarischen Revolution zur Aufrichtung der Diktatur des Proletariats.

Garrasani

Seit Dienstag zeigt Stoll-Garrasani seine sächsischen Künste in Freital. Der bekannte Steuerkonflikt mit dem Dresdner Magistrat hat ihn veranlaßt, seine Künstele vor den Türen Dresdens aufzuschlagen. Freital's bedürftige Steuerbehörde nutzte die Situation und war bestrebt, es aber angesichts der kälteren Jahreszeit die Vorstellung im Fest, abgesehen vom Hauptverkehr der Großstadt, die für ein solches Riesenunternehmen notwendigen Massen anzuladen vermag, bleibt noch fraglich. Die Premierdarstellung hatte in dieser Beziehung mehr ermaßen lassen. Das zahlungsfähigere Publikum hätte noch reichlich Platz gefunden.

Sonst war die Vorstellung ein glänzender Erfolg, eine hervorragende Leistung. Jede einzelne Programmnummer des reichhaltigen Repertoires eine Ganzleistung. Und das alles in einem ungeschätzlichen Tempo, bei dem lobelobhafte künstlerische Leistungen der Akrobaten, magische Akte und Jongleure mit erlauchtem Professore abwechseln. Als besondere Attraktionen verdienen bei der Fülle der Darbietungen in der etwa 4 Stunden dauernden Vorstellung hervorgehoben zu werden der atemberaubende Wettwerb der Tischerinnen und Kofaten, die im laufenden Galopp um den Hals und unter dem Bausche der Pferde hinweg durch die Arena voltigieren. Dann folgt ein Maskenaufgebot sächsischer Kaufleute, Sozialisten und Jongleure, deren Darbietungen von Maskendressuren raffiger Pferde abgelöst werden. Besonders Aufmerksamkeit verdienen die unterhaltsamen Dressuren kanadischer Seelänen. Dann folgen die vorwegener Springer der Wogador-Truppe, indische Kofate und Schlangentänzerinnen. Unter starkem Beifall zeigte Hans Stoll-Garrasani die bewundernswerte Geschicklichkeit seiner indischen Elefanten.

Zum Schluß folgten dann die Cowboys, Mexitaner, Kreolen und die Stourindianer mit ihren romantischen Bildern und Szenen aus dem wilden Westen.

Drei schneidige Kapellen mit insgesamt etwa 100 Musikern befreiten den musikalischen Teil und schafften die nötige Zerstreuung. Zusammengekommen ein genußreicher Abend, an dem artistische und künstlerische Leistungen, das starke Tempo fardendprächtiger Bilder und spannender Szenen die Anerkennung hochentwickelter sächsischer Leistung auslösten.